

"Ein Deutscher kämpft für die WEU-Versammlung" in Frankfurter Allgemeine Zeitung
(27. Juli 2000)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 27.07.2000. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"ein_deutscher_kampft_fur_die_weu_versammlung"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_27_juli_2000-de-70234c09-2193-49ac-91ae-95f9c24e6511.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Ein Deutscher kämpft für die WEU-Versammlung

Die Zukunft der Verteidigungsorganisation nach der Eingliederung in die EU

mic. PARIS, 26. Juli. Ausgerechnet Frankreich, das wie kein anderes Mitgliedsland Hoffnungen auf die Westeuropäische Union (WEU) gesetzt hatte, fällt die Aufgabe zu, diese Verteidigungsorganisation „abzuwickeln“. In der Diplomatensprache wird der Prozess, den Frankreich als Doppelpräsident von EU und WEU seit dem 1. Juli vorantreibt, als „Eingliederung der WEU in die EU“ bezeichnet. Ziel der Integration sind einheitliche Strukturen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Der Bundesregierung fielen die bei den EU-Gipfeln in Köln und Helsinki getroffenen Entscheidungen über einen Transfer der WEU-Kompetenzen in die EU nicht schwer. Der Beitritt zur Westeuropäischen Union, die aus dem 1948 unterzeichneten, ursprünglich gegen Deutschland gerichteten Brüsseler Pakt hervorging, war 1955 von Frankreich erzwungen worden. Die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem hatte Paris zur Voraussetzung für eine Nato-Mitgliedschaft Bonn gemacht. In der WEU sahen deutsche Außenpolitiker – im Gegensatz zu französischen – niemals eine ernst zu nehmende Alternative zur Nato.

Doch ist es jetzt ein Deutscher, der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Bühler, der als hartnäckiger Fürsprecher der WEU in europäischen Gremien auftritt. Ob bei EU-Gipfeltreffen oder in schriftlichen Anfragen an die Bundesregierung: Bühler kämpft um den Fortbestand zumindest der Parlamentarischen Versammlung der WEU als demokratisches Kontrollorgan für verteidigungspolitische Entscheidungen. Unermüdlich ruft er dazu auf, sich den in der WEU erworbenen Sachverstand zunutze zu machen und plädiert für die Neubegrün-

dung der WEU-Versammlung als „Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung“.

Seit dem 1. Januar steht Bühler als Präsident der WEU-Versammlung vor. Die Bemühungen der Europäischen Union, gemeinsame Verteidigungskapazitäten aufzubauen, begrüßt er ausdrücklich. „Der europäische Verteidigungsminister hat seinen Sitz noch in Washington“, sagt er, „das muss in Zukunft anders werden.“ Die Richtung stimme, doch die EU drücke sich vor wesentlichen Entscheidungen. Bühler nennt als Beispiel den Status der sechs assoziierten WEU-Mitglieder Türkei, Island, Norwegen, Polen, Tschechische Republik und Ungarn, die ebenfalls der Nato angehören. Nach dem Willen der EU sollen die sechs künftig nicht mehr in die europäischen Verteidigungsfragen eingebunden werden, was Bühler bemängelt. Integriert werden sollen hingegen die fünf EU-Mitglieder, die weder WEU noch Nato angehören und den verteidigungspolitischen Anstrengungen Europas kritisch gegenüberstehen. „Wir werden dann eine Verteidigungsgemeinschaft mit Staaten haben, die eigentlich nicht wollen, und daneben Staaten, die wollen, aber nicht dürfen“, kritisiert Bühler.

Auch fordert er, das Verhältnis zur Nato so schnell wie möglich zu klären. Eine gute Zusammenarbeit zwischen EU und Nato sei unerlässlich. Auch an die Frage, was mit den assoziierten WEU-Partnern Slowenien, Slowakei, Lettland, Estland, Litauen, Rumänien und Bulgarien geschehen solle, habe sich die EU noch nicht herangewagt. Für diese sieben Staaten sei die Mitarbeit in der WEU-Versammlung eine wertvolle Erfahrung, die ihnen ermögliche, über die verteidigungspolitischen Debatten informiert zu blei-

ben und eine langfristig angelegte Anbindung bedeutete.

Die Europäische Union habe noch immer kein gleichwertiges Angebot für diese sieben Länder entwickelt. Wenn die WEU-Versammlung wie geplant aufgelöst werde, dann falle damit eine einzigartige Plattform für den Austausch mit den Ländern in Ost- und Südosteuropa weg, bemängelt Bühler. Auch für den verteidigungspolitischen Austausch mit Russland stehe in Europa kein anderes Organ zur Verfügung. Das Europäische Parlament könne die Rolle der WEU-Versammlung nicht übernehmen. Die Europaabgeordneten haben laut EU-Verträgen keine parlamentarischen Kontrollrechte in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Bühlers Einwand wird von der Bundesregierung zurückgewiesen. Berlin will das Europäische Parlament stärken und ihm mittelfristig auch Zuständigkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik übertragen. „Die Bundesregierung ist im Sinne eines einheitlichen institutionellen Rahmens der EU bestrebt, spezielle parlamentarische Strukturen außerhalb des Europäischen Parlaments für einzelne EU-Politikbereiche zu vermeiden“, schreibt der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Zöpel, an Bühler. WEU-Präsident Bühler beklagt dennoch das „demokratische Defizit“ beim Aufbau der europäischen Verteidigungsstrukturen. Neue intergouvernementale Organe wie der Militärausschuss oder der Militärstab in Brüssel seien geschaffen worden. Ihre Arbeit werde nicht von demokratischen Kontrollinstanzen überprüft. Europa müsse darauf achten, damit der Aufbau der Verteidigungsstrukturen nicht mit einem „demokratischen Rückschritt“ verbunden werde, sagt Bühler.